

Hohenstein-Ernstthal-Grünthaler Tageblatt

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Blauhan, des Amtsgerichts, des Finanzamts und des Stadtrates zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortschaften.



Anzeiger

Druck und Verlag von F. Nuhr Nachfolger Dr. Alban Frisch.
Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch.

Hohenstein-Ernstthal mit Gättengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Gernsdorf, Bernsdorf, Ritsdorf, Langenberg, Weinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenschursdorf, Callenberg, Grumbach, Trübschheim, Ruffschappel, St. Egidien, Wilschbrand, Erlina, Mittelberg, Ursprung, Ritschberg, Erlbach, Pleßka und Ruffdorf.

Nr. 13

Montag, 17. Januar 1921

71. Jahr

Schwarz-Weiß-Rot.

Einer der tödlichsten, volksfremdesten Beschlüsse der Nationalversammlung beim Verfassungswerke war die Einführung von Schwarz-Weiß-Rot statt Schwarz-Weiß-Rot als Reichsfarben. Mit Ausnahme der Doctrinäre in der gesetzgebenden Versammlung, die alles neu schaffen wollten und da es zu Eigenem nicht leicht, zu den Idealen der Achtundvierziger zurückzufinden, begriff kein Mensch im In- und Auslande diese Flaggenänderung; aber der Sakrosantheit des „alten Systems“ beugte damals noch viele, sonst klare Köpfe, und so geschah der Unfug. Mitgemacht hat ihn das deutsche Volk nicht. In den zwei Jahren deutscher Republik war das Schwarz-Weiß-Rot — das es in Wirklichkeit gar nicht gab, da das „Gold“ stets nur die Umkleidekabine für „Gelb“ war — nirgends zu sehen als höchstens an Regierungsgebäuden. Die Sozialdemokratie blieb bei ihrem Rot, und selbst die Demokraten drachten nur ganz vereinzelt das Opfer einer neuen Farbenanschaffung für die neue deutsche Republik. Die übrige Bevölkerung aber flaggte — wenn überhaupt zum Flaggenwechsel Anlaß war, was fast nie der Fall war — nach wie vor Schwarz-Weiß-Rot oder in den Landesfarben. Für die Schiffahrt hatte selbst die Nationalversammlung die neuen Reichsfarben nicht eingeführt, da Schwarz-Weiß-Rot auf weite Entfernungen schwer zu erkennen ist und uns überdies in Konflikte mit anderen Staaten gebracht hätte. Das Ergebnis des Beschlusses der Nationalversammlung war also lediglich das Hinzufügen einer neuen Reichsflagge zu der alten, die Beweisführung, daß die Nationalversammlung den Wünschen der Nation treu und die Nation der Nationalversammlung respektlos gegenüberstand und eine Vermehrung der Verwirrung, an der wir ohnedies keinen Mangel hatten. Im Auslande aber spottete man nicht mit Unrecht, daß das einst so mächtige Deutsche Reich sich seiner selbst schämte, seine Fahne und Vergangenheit verleugne und wie ein verachteter Händler am Wühlendamm den alten Laden mit neuem Firmenschild wieder aufmache. Die Achtung des Auslandes vor Deutschland hat dieser Flaggenwechsel nicht erhöht, zumal man in ihm nur Würdelosigkeit und schlechte Gerissenheit sah, und die romantischen Gründe unserer geschichtslosen Ideologen die unter Ausschaltung der Bismarckschen Epochen wieder an die Paulskirche anknüpfen wollten, gar nicht verstand.

Der Unfug dauert nunmehr ins zweite Jahr, ohne auch nur einen Tag erträglicher zu werden, und so wäre es an der Zeit, ihn endlich abzuschaffen, wie man auch andere Irrtümer der Revolutionszeit beseitigt hat oder an ihrer eigenen Unternunft absterben ließ. Ein wirkliches Interesse an der Aufrechterhaltung des Schwarz-Weiß-Rot hat heute kein Mensch mehr. Die demokratische Presse hat längst zugegeben, daß jener Beschluß der Nationalversammlung, gegen die die rechtsstehenden Parteien vergebens geledet und geschrien hatten, eine Torheit war, seine Durchführung nicht möglich sei und er daher den republikanischen Aufbau nur erschwere. Das Zentrum hat an Schwarz-Weiß-Rot kein weiteres Interesse als seine damalige Reaktionsverpflichtung gegen Sozialdemokratie und Demokratie. Den ganz links stehenden Parteien ist Schwarz-Weiß-Rot so gleichgültig wie Schwarz-Weiß-Rot, und nur die Mehrheitssozialisten klammern sich an den Weimarer Beschluß, obwohl wir die schwarzrotgoldene Flagge noch niemals über einem sozialdemokratischen Gebäude haben wehen sehen. Gerade die sozialdemokratische Partei aber müßte sich gegenüber dem Verhalten des deutschen Volkes zur Flaggenfrage, einem so einmütig ausgesprochenen Wunsch einer Mehrheit, die fast die Gesamtheit ist, beugen, wenn sie anders auf die Betätigung des Wortes „demokratisch“ in ihrer Parteibezeichnung Wert legt; gerade sie müßte einsehen, daß man einem Volke seine Flagge nicht aufzwingen kann und ein Verhalten im Irrtum nur die Entzweiung vergrößert; aber sie hat es und diesmal wieder anscheinlich am einmal befallenen Buchstaben und wittert, wie immer, Reaktion, Rückkehr der Monarchie, Umkehr zum alten System. Darum handelt es sich aber gar nicht, wenn wir auch in der Wiedererklärung von Schwarz-Weiß-Rot zur Reichsflagge ein erfreuliches Zurückfinden zu gesunder geschichtlicher und nationaler Auffassung, eine Rückkehr zu nationaler Würde und die Bezeichnung eines uns lächerlich machenden, sich abgebenden, revolutionären, geschichtslosen Irrtums erlösen. Das deutsche Volk hat unter der stolzen Flagge Schwarz-Weiß-Rot seine größte und ruhmvollste Zeit, die Zeit des Glanzes und der Macht, des höchsten Ansehens bei allen Völkern, aber auch der stauenswertesten Leistung und des unerhörtesten wirtschaftlichen Aufschwunges erlebt. Im Unglück dieses Reichs in seinen Farben verleugnen, ist kleinlich und würdelos, besonders wenn es von Nutznießern der alten Macht geschieht. Wenn ein Weiterbau möglich sein soll, kann er nur geschehen in der zähen Erinnerung dessen, was wir einst waren und geleistet haben, niemals in der Beschimpfung des Früheren und demselben Verrat der Vergangenheit. Eine Wiederbelebung ist auch nur möglich, wenn wir uns zusammenfinden zu größerer Einheit — der Parteienstreit sammelt aber nicht, sondern schafft neue Zwierächte. Darum werde man ihn endlich. Einen Irrtum einzuweichen und zu berichtigen ist keine Schande, wohl aber die Verteilung nationaler Zwist aus Parteigeiz und der Wahlangeht. Die Deutsche Volkspartei hat in unverbundlichen Besprechungen mit den Parteien schon seit langem die Wiedereinsetzung des Schwarz-Weiß-Rot in seine alten Rechte angeregt und sie hat jetzt einen Volksentscheid beantragt, damit der alte Ehren aus der Welt geschafft wird. Ob es die sozialdemokratische Partei darauf antworten lassen wird, wissen wir nicht. Für die Sache und das Land besser wäre es, wenn der Reichstag den Antrag der zwei Reichsflaggen, der von der Versammlung vorgeschrieben, aber nirgends beachtet, Schwarzrotgoldene Fahne und der alten ruhmvollen, heute nie alle Zeit in Ehren stehenden, schwarzweißen und vom Volkswillen gewünschten schwarzweißen Flagge, durch möglichst einmütigen Beschluß ein Ende machen wollte.

ren, geschichtslosen Irrtums erlösen. Das deutsche Volk hat unter der stolzen Flagge Schwarz-Weiß-Rot seine größte und ruhmvollste Zeit, die Zeit des Glanzes und der Macht, des höchsten Ansehens bei allen Völkern, aber auch der stauenswertesten Leistung und des unerhörtesten wirtschaftlichen Aufschwunges erlebt. Im Unglück dieses Reichs in seinen Farben verleugnen, ist kleinlich und würdelos, besonders wenn es von Nutznießern der alten Macht geschieht. Wenn ein Weiterbau möglich sein soll, kann er nur geschehen in der zähen Erinnerung dessen, was wir einst waren und geleistet haben, niemals in der Beschimpfung des Früheren und demselben Verrat der Vergangenheit. Eine Wiederbelebung ist auch nur möglich, wenn wir uns zusammenfinden zu größerer Einheit — der Parteienstreit sammelt aber nicht, sondern schafft neue Zwierächte. Darum werde man ihn endlich. Einen Irrtum einzuweichen und zu berichtigen ist keine Schande, wohl aber die Verteilung nationaler Zwist aus Parteigeiz und der Wahlangeht. Die Deutsche Volkspartei hat in unverbundlichen Besprechungen mit den Parteien schon seit langem die Wiedereinsetzung des Schwarz-Weiß-Rot in seine alten Rechte angeregt und sie hat jetzt einen Volksentscheid beantragt, damit der alte Ehren aus der Welt geschafft wird. Ob es die sozialdemokratische Partei darauf antworten lassen wird, wissen wir nicht. Für die Sache und das Land besser wäre es, wenn der Reichstag den Antrag der zwei Reichsflaggen, der von der Versammlung vorgeschrieben, aber nirgends beachtet, Schwarzrotgoldene Fahne und der alten ruhmvollen, heute nie alle Zeit in Ehren stehenden, schwarzweißen und vom Volkswillen gewünschten schwarzweißen Flagge, durch möglichst einmütigen Beschluß ein Ende machen wollte.

Hilfen für die deutschen Bergarbeiter.

Der fast 500 000 Mitglieder zählende Verband der Bergarbeiter Deutschlands hat einstimmig folgende Entschlüsse angenommen:

„Die am 15. Januar 1921 in Berlin tagende Konferenz des Gesamtverbandes und der Bezirksvertretungen des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands macht die der Bergarbeiter internationalen angehörenden Bergarbeiterverbände in Frankreich, Belgien und Großbritannien sowie die Leiter der allgemeinen Gewerkschaftsinternationale (Amsterdamer) dringend darauf aufmerksam, daß nach dem Ablauf des Abkommens von Spa über die Kohlenlieferungen Deutschlands von uns eine noch höhere Lieferrate gefordert wird, und daß außerdem die fünf Goldmark-Prämie nicht mehr gezahlt werden soll. Dagegen müssen wir entschieden Protest erheben. Der Kohlenmangel in Deutschland ist jetzt weit größer als in den anderen großen Industriestaaten. Die Erfüllung des Spa-Abkommens ist nur möglich gewesen durch eine ausgedehnte Liebescharität der deutschen Bergarbeiter. Diese arbeiten heute mehr Stunden wöchentlich, als nach dem Beschluß der internationalen Arbeitskonferenz in Washington zulässig ist. Der gefährdete Gesundheitszustand der Bergarbeiter verlangt gebieterisch einen Abbau der Liebescharität, während von uns noch höhere Kohlenlieferungen gefordert werden. Der Fortfall der fünf-Goldmark-Prämie mit der eine Verbesserung der Ernährung der Bergarbeiter bezahlt wird, würde ihren Ernährungszustand derart verschlechtern, daß ein unabsehbarer Rückgang der Leistungsfähigkeit eintreten müßte. Wir bitten die Kameraden in der Bergarbeiter- und in der großen Gewerkschaftsinternationale, uns energisch zu unterstützen in unserem Bemühen zu einem Kohlenabkommen zu kommen, das die deutsche Bergarbeiterchaft nicht noch stärker belastet sondern in humaner Weise entlastet und der deutschen Volkswirtschaft die Lebensmöglichkeit gibt.“

Aufruf an die Eisenbahner.

Der Sechzehner-Ausschuß erklärt im Einverständnis mit den hinter ihm stehenden Verbänden im Anschluß an die in der Reichsregierung beschlossene Erhöhung der Löhne und zur Unterstützung eines Aufrufes an die Eisenbahnbeamten und -arbeiter, in dem es heißt:

„Das vorliegende Resultat ist zustande gekommen unter Mitwirkung von Vertretern der großen deutschen Spitzenorganisationen und nach vollständiger Erschöpfung des Verhandlungsweges. Die Bestände der Eisenbahnerverbände werden jetzt auf dem schnellsten Wege zu dem Ergebnis Stellung nehmen. Die Vertreter der Spitzenorganisationen haben den Sechzehner-Ausschuß ersucht, trotz der in verschiedener Beziehung nicht zufriedenstellenden Zustimmung, seine Vedenen zurückstellen und das Ergebnis zur Annahme zu empfehlen. Sobald die Stellungnahme der verantwortlichen Organisationsanführer feststeht, wird diese mit einer eingehenden Darstellung des gesamten Sachverhalts den Mitgliedern unterbreitet werden. Die im Sechzehner-Ausschuß zusammengeschlossenen Verbände ersuchen ihre Mitglieder diese Stellungnahme der verantwortlichen Verbände anzunehmen und sich durch keine Art von unverantwortlicher Seite kommende Beeinflussung zu Teilstreitigkeiten und dergleichen hinreichend zu lassen. Die Vertreter der Eisenbahnerorganisationen müssen die große Verantwortung für derartige Aktionen ablehnen und ersuchen die Mitglieder ihrer Verbände dringend, die Schlagkraft ihrer Organisationen nicht zu gefährden.“

Liebkecht-Rundgebung der Kommunisten.

Die von der Vereinigten kommunistischen Partei in Berlin zum Sonntag nachmittag in den Lustgarten einberufene Kundgebung anläßlich des Todesjahres Liebknechts und der Rosa Luxemburg war ein vollständiger Mißerfolg. Dennoch kam es zu einem Zusammenstoß zwischen einem Demonstrationszug von etwa 300 bis 400 meist jüngeren Arbeitern und der Schutzpolizei, bei dem fünf Personen verletzt wurden. Die Demonstranten hatten die Baummeilegrenze überschritten und versuchten durch das Brandenburger Tor zu ziehen. Durch einige Schüsse wurde der regellose Demonstrationszug zertrümmert, das Ziel war nicht erreicht. Die Mehrzahl der Teilnehmer mischte sich vor sichtigerweise unter das Publikum auf den Bürgersteigen.

Der Reichswehrminister über unsere sogenannte Wehrmacht.

Ein Vertreter des „Berl. Tagebl.“ hatte eine Unterredung mit dem Reichswehrminister Geßler über die neue deutsche Wehrmacht. Der Minister erklärte, daß sämtliche Entlassungen durchgeführt seien; wir hätten jetzt sogar einen Fehlbestand von etwa 10 000 Mann. Auch die Garnisonsorte seien nunmehr, selbstverständlich im Einvernehmen mit den einzelnen Landesregierungen, festgelegt. Durch die Verteilung des kleinen Heeres über das Reich müßte eine sehr weitgehende Zersplitterung der Armeekorps eintreten, die naturgemäß auch die Ausbildung der Truppen ungünstig beeinflusse. Die Hauptverge über den Augenblick die drei Wehrvorlagen und ihre Annahme durch den Reichstag; das Wehrgesetz, das Reichswehrverordnungsrecht und das Wehrmachtsstrafgesetzbuch. Was das neue Wehrrecht betrifft, so führte der Minister aus, daß durch die Vertrauensmänner der Truppe jeder Beschwerdefall vorgetragen werden könne. Weiter erklärte der Minister, daß wir in der Hauptsache nunmehr alle militärischen Vervollständigungen aus dem Verfall der „Berträge“ erfüllt haben. Zum Schluß sprach Geßler von den polnischen Truppenansammlungen an der polnischen Grenze. Nach seiner Kenntnis seien dort 10 bis 11 Divisionen, ungefähr 140 000 Mann regulärer polnischer Truppen, neben etwa 50 000 Mann irregulärer Truppen angeammelt.

Ein Hamburger konfessionsloser sozialistischer Volksschullehrer — Oberstadtschulrat in Berlin.

Die sozialistische Mehrheit der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat am Donnerstag mit 113 Stimmen den Hamburger Volksschullehrer Paulsen, den Begründer und Leiter der dortigen Gemeinschaftsschulen, zum Stadtschulrat der neuen Stadtgemeinde gewählt. Die Rechte protestierte gegen diese Wahl durch Verlassen des Saales. Vor allem wollte sie damit dagegen Einspruch erheben, daß die Wahl von den Sozialdemokraten und Unabhängigen überhäufelt und mit geradezu verächtlicher Eile bestritten wurde. In letzter Minute machten die vürperlichen Fraktionen, in erster Reihe das Zentrum, den Versuch, diese Uebereilung durch eine nochmalige

ge. Besprechung der Persönlichkeiten Paulsens und seiner bisherigen schulreformerischen Tätigkeit wettzumachen. Ohne Erfolg! Auch der Versuch, die Wahl auf Grund von Feststellungen, die ein Mitglied der Versammlung, Stadtverordneter Pfarrer Lichtenberg, durch eine Reise nach Hamburg getroffen hatte, zu vertagen, schlug fehl. Man hätte gehört, daß Paulsen zwar ein ideal gerichteter Mann sei, daß aber seine „Schulreformerfolge“ in Hamburg durchaus nicht un widersprechen sind und daß unter der Schulerenschaft dieser Volksschulen, namentlich auf Auswärtigen, sogar unter Paulsens Leitung, Zustände eingegriffen sind und Vorgänge sich abgespielt haben, die jedem sittlichen Empfinden ins Gesicht schlagen. Alles das auszuspochen und zu hören, hat die sozialistische Mehrheit eifrig verhindert. Die Elternschaft Berlins aber — sie schreibt die „Tägl. Rundsch.“ — wird es sich angelegen sein lassen, diese in Hamburg festgestellten Tatsachen der Aufsichtsbehörde, der die Bestätigung der Wahl Paulsens obliegt, zur Kenntnis zu unterbreiten.

Völlige Anarchie in der Verwaltung der Berliner Straßenbahn.

Die Berliner Straßenbahn ist bereits seit längerer Zeit kommunalisiert, aber trotzdem stellen sich die Vorteile die man sich davon verspricht, keineswegs ein. Im Gegenteil, die Tarifserhöhungen sind an der Tagesordnung. Was den inneren Betrieb der Straßenbahn anbelangt, so scheint auch hier durch die Sozialisierung kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt eingetreten zu sein. Die bisherige Direktion der Großberliner Straßenbahn ist schon seit Anfang Dezember nicht mehr tätig. Die meisten Direktoren sind vom Berliner Magistrat „verurlaubt“ worden. An ihre Stelle wurde eine provisorische Verwaltung gesetzt, in der der Syndikus Dr. Moser die eigentliche Verwaltung, die Finanzstellen und juristischen Fragen zu erledigen hatte. In einem Schreiben, in dem Dr. Moser darum ersucht, ihn von seiner Aufgabe zu befreien, kommt die ganze Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände der Straßenbahn zum Ausdruck. In dem Schreiben heißt es: „Infolge der langen Dauer des Provisoriums ist in der Verwaltung der Berliner Straßenbahn eine völlige Anarchie eingetreten. Jede Dienststelle handelt für sich, gegen die andere, ohne Rücksicht auf das Ganze.“ Dr. Moser erklärte zum Schluß, daß es ihm nicht mehr möglich sei, die Verantwortung für die Verwaltungsgeschäfte zu übernehmen.

Wann wird in Oberschlesien abgestimmt?

Die „Frankf. Ztg.“ meldet, daß für die Abstimmung in Oberschlesien der 13. März in Aussicht genommen sei.

Oesterreich vor dem Zusammenbruch.

Was aller Welt schon Ange vor Augen stand, scheint nunmehr greifbare Wirklichkeit zu werden: Oesterreich bricht politisch und wirtschaftlich zusammen. Die Fortwursterei und Schlamperie, die bei unseren Nachbarn an der Donau von jeher gang und gäbe war, geht nicht mehr, das ganze Staatswesen, seit Monaten nur noch mühsam zusammengehalten, drängt aus den Fugen. Was werden soll, wenn der Staat aufhört zu funktionieren, wenn die Beamten ihre Plätze verlassen weil sie keine Bezahlung erhalten können, wenn schließlich jeder sich so hilft wie er kann, das steht dahin. Für uns im Reich, die wir uns auf demselben Wege, dem Abgrunde entgegen befinden, ein warnendes Zeichen, wie man nicht regieren darf.“

Wir verzeichnen dazu folgende Meldungen:

London, 16. Jan. Das Reuters Bureau teilt mit, daß maßgebende englische Kreise keine Bestätigung der Absicht der österreichischen Regierung erhalten haben, die Verwaltung des Landes aufzugeben. Nach den letzten in englischen Kreisen eingetroffenen Nachrichten sei jedoch die Lage in Oesterreich ver schlechert, und ein im erwähnten Sinne gehaltenen Schritt der österreichischen Regierung könne daher jeden Augenblick erfolgen. Die Gewährung eines großen Kredites durch die Alliierten einschließlich der Vereinigten Staaten